

Stellungnahme der Kreistagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen zum Haushalt 2022

12.11.21

Sehr geehrter Herr Landrat, meine Damen und Herren von der Verwaltung, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren

Um mit Ihrem Vergleich zu beginnen, Herr Landrat, wir befinden uns in vielen Bereichen auf stürmischer See. Oder anders gesagt: Krisen werden uns weiter begleiten. Wir befinden uns mitten in der vierten Welle einer weltweiten Pandemie, die uns lehrt, mit neuen Rahmenbedingungen wie Inzidenzen oder G 2 und G 3 Regeln umzugehen. Stellenneuschaffungen im Gesundheitsamt sind die notwendige Folge seither. Nicht erst seit der VRE-Problematik ist das Gesundheitsamt wichtige Anlaufstelle geworden und die Beratungsfunktion unverzichtbar. Unser Respekt gilt allen, die im Landkreis Göppingen "systemrelevant" ihrer Arbeit nachgehen, dies teilweise unter erschwerten, körperlich anstrengenden Bedingungen mit Masken oder auch Vollschutz. Hervorragend organisiert war der Ablauf im Kreisimpfzentrum. Umso bedauerlicher, dass bei der Impfquote im Landkreis weiterhin Luft nach oben ist und sich einige trotz aller Informationen nicht zu diesem Schritt überwinden können. Wir hoffen, dass vor allem Kinder und Jugendliche dies nicht zu spüren bekommen, wenn es wieder um Kitaschließungen oder ähnliches gehen sollte. Besorgniserregend ist die Schnelligkeit, mit der das Virus Varianten entwickelt, die immer ansteckender sind. Außer Impfungen und viel Disziplin beim Einhalten von Regeln gibt es bis jetzt keinen anderen

Ausweg. Dass wir vermutlich sehr bald die Alarmstufe erreichen, ist erschreckend.

Gut überstanden haben die Krise bis jetzt etliche Bereiche der Wirtschaft, abzulesen an den Gewerbesteuereinnahmen der Gemeinden. Auch die Steuerkraftsumme zeigt vielfach wenig Schwächen, genauso wie eine weit über dem Soll liegende Grunderwerbsteuer.

Wenn allerdings - wie jetzt immer deutlicher wird - die Lieferketten unsicherer werden wegen fehlender Container oder dem Bedienen anderer Märkte außerhalb Europas, zeigen sich dramatisch die Folgen einer globalisierten Wirtschaft. Dies wird auch bei uns im Landkreis spürbare Auswirkungen haben.

Die Klimakrise als unser wichtiges politisches Thema ist mittlerweile in fast allen Parteien angekommen. Allerdings hapert es gewaltig an der Umsetzung. Einerseits fließen nach wie vor Subventionen in CO₂ - intensive Wirtschaftszweige, wie den Flugverkehr oder den Braunkohleabbau, andererseits fehlt es an einer konsequenten klimaschützenden Politik, zum Beispiel bei den Erneuerbaren Energien. Gefühlt wird jedes Windrad in Baden -Württemberg von Bürgerinitiativen bekämpft, es fehlen aber Gegenvorschläge, wie stattdessen umweltfreundlicher Strom erzeugt werden kann. Geradezu paradox ist die wiederaufflammende Diskussion um Atomkraftwerke! Auf der Suche nach einem Endlager, das wir der Nachwelt über Jahrtausende hinterlassen, ist auch die Schwäbische Alb als möglicher Standort ins Visier gekommen. Ein schwieriger und langwieriger Entscheidungsprozess hat begonnen, bei dem wir erwarten, auf dem Laufenden gehalten zu werden.

Im Dauerkrisesmodus ist der Landkreis seit der demokratisch getroffenen Entscheidung, die Helfensteinklinik bis zum Jahr 2024 in ein ambulantes Zentrum umzuwandeln. Diese Situation bedauern wir alle sehr. In der Rückschau wird deutlich, dass Information und Kommunikation im Vorfeld vermutlich nicht ausgereicht haben. Das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Devise „eine Klinik- zwei Standorte“ war groß, genauso groß wie der Schock, als - für die meisten unerwartet – deutlich wurde, dass diese Zielvorstellung den gesundheitspolitischen Realitäten nicht standhalten kann und die Umsetzung des neuen Konzeptes zeitnah angegangen werden muss. Die Gründe für diesen Schritt sind umfangreich dargelegt und diskutiert worden, untermauert durch drei Gutachten. Trotz Pandemie fanden zahlreiche Infoveranstaltungen der Verantwortlichen mit Bürgerinnen und Bürgern im Landkreis statt. Unterschiedliche Positionen ziehen sich durch einige Fraktionen, auch bei uns Grünen, aber es gilt, den Tatsachen ins Auge zu sehen und immer wieder auch schwierige Entscheidungen zu fällen. Der Trend zur Ambulantisierung mit der Folge, dass weniger Krankenhausbetten gebraucht werden und weitere Konzentrationsprozesse werden sich fortsetzen. Auch eine neue Bundesregierung wird nicht umhinkommen, diesen Prozess fortzuführen. Allein das Defizit der Krankenkassen wird dieses Jahr auf 7 Mrd. geschätzt! Diese Fakten gilt es anzuerkennen. Bereits jetzt gibt es eine Erhöhung der Pflegeversicherungsbeiträge für 2022 infolge der Corona-Pandemie.

Dass einige Kommunen aufgrund der Entscheidung jetzt eine Auskreisung erwägen, ist für uns nicht nachvollziehbar. Wir hoffen, dass die auskreisungswilligen Gemeinden nach Prüfung der komplexen Sachlage wieder in die Gemeinschaft der Landkreisgemeinden zurückkehren. Sollte es die Möglichkeit geben, jetzt offengelegte

infrastrukturelle Probleme mit Kräften des Landkreises zu lösen, wollen wir uns gerne damit auseinandersetzen. Wichtig ist uns eine professionelle zukunftsfähige Konzeptentwicklung zum Gesundheitsstandort Geislingen.

Zum Thema Kreisbewusstsein: Das hat für alle von uns sicherlich eine andere Bedeutung. Für die einen ist der Landkreis ein Ort zum Wohlfühlen, für andere ein Ort der Mitwirkung, für wieder andere ohne jegliche emotionale Bedeutung, um nur Varianten aufzuzeigen. Was wir als politisch gewählte Vertreter beitragen können, um die Bandbreite des Landkreises abzubilden, ist, den Sitzungsort zu wechseln und damit "vor Ort" zu sein. Auftakt dazu ist bereits heute, wo wir in Süssen tagen.

Große Sorgen machen uns die Alb-Fils-Kliniken. Nicht nur, weil das Defizit weit höher ausfällt als angenommen, sondern auch, weil die individuelle Betroffenheit einzelner Patienten, bei denen nicht alles glatt lief, in der Öffentlichkeit eine größere Rolle spielt als die Zufriedenheit der großen Mehrheit.

Der Fachkräftemangel ist in der breiten Öffentlichkeit angekommen. Doch was dagegen tun? Mehr Gehalt? Mehr Anerkennung? Weniger Schichtdienst? Es gab und gibt viel Lob für engagiertes Personal, nicht nur in den Kliniken, sondern ebenfalls in Pflegeeinrichtungen und in Arztpraxen im Laufe der anhaltenden Pandemie. Doch Lob ist nicht ausreichend, es müssen Taten folgen. Eine wegweisende Lösung zeichnet sich nicht ab. Im Wettstreit um engagiertes Personal können nur gute Rahmenbedingungen helfen und der Neubau am Eichert trägt hoffentlich dazu bei.

Natürlich gibt es bei den aktuellen Defizitentwicklungen Sorgenfalten. Nicht nur, weil eine Effizienzrendite Basis der Finanzierung des Neubaus ist, sondern auch im Blick auf die Frage, wie es unter aktuellen

Rahmenbedingungen gelingen kann, in die Nähe eines neutralen Ergebnisses zu kommen. Diese finanzielle Situation ist im Bundesvergleich kein Einzelfall, doch sie muss hier vor Ort angepackt werden. Dazu erwarten wir im Aufsichtsrat Lösungsvorschläge.

Für Diskussionen werden die realistischen ermittelten Abbruchkosten des „Altbaus“ sorgen. Werden falsche Erwartungen geweckt, wenn erneut über den Erhalt des Gebäudes spekuliert wird oder über die Sinnhaftigkeit des Abbruchs? Die Fakten, die zur damaligen Entscheidung eines Neubaus statt Sanierung geführt haben, sind geblieben und der Abriss ist auch Bestandteil der geltenden Baugenehmigung. Es bleibt spannend.

Unerfreulich ist das Ergebnis einer Zollkontrolle im Oktober beim Neubau der Klinik. Seither Glück gehabt und jetzt Pech? Auf Großbaustellen vermutlich Alltag, für uns ein Skandal, wie Unternehmen Subunternehmen und diese wiederum Subunternehmen einschalten. Einerseits Folge einer globalisierten Wirtschaft oder auch Zeichen einer überforderten Branche? Wie können solche kaum durchschaubaren oder unzulässigen Beauftragungen verhindert werden?

Es gäbe noch viele Themen, die angesprochen werden müssten: Die Folgen der demographischen Entwicklung, die Schulsituation, besonders der Neubau der Bodelschwingschule in Göppingen und Geislingen, Mobilitätsthemen, Infrastruktur, Fachkräftemangel, soziale Themen usw.

Mit Rücksicht auf die Fülle der zu bewältigenden Aufgaben der Verwaltung haben wir uns beschränkt auf wenige Anträge, die uns im Kontext dieser Themen besonders wichtig sind. Dazu gehören soziale Themen wie die Förderung der Einbeziehung junger Menschen in das Arbeitsleben oder auch die Vernetzung zwischen Jugend- und Seniorenarbeit im Rahmen der Sozialraumorientierung. Der Klimakrise

kann nur mit einer entschiedenen Verkehrswende begegnet werden - entsprechende Angebote sind auszubauen. Genauso wichtig ist uns die Gestaltung der Energiewende im Landkreis. Die Digitalisierung wird weiter fortschreiten, dazu wollen wir wissen, wie die Verwaltung diesen Prozess gestaltet. In diesem Zusammenhang freuen wir uns, dass unser Antrag zum Thema Homeoffice vom vergangenen Jahr einen erfreulichen Schub bekommen hat, wenn auch unterstützt durch die Coronakrise und die Vorgaben der Arbeitsschutzverordnungen. Unsere Anträge haben wir beigefügt, diese sind im Einzelnen nachzulesen. Der Antrag zu den Brachflächen ist uns so wichtig, dass wir ihn erneut gestellt haben.

Finanzen: Um es vorwegzunehmen, wir halten es nicht für notwendig, nochmals ein Gremium zu installieren, das sich mit den Finanzen des Landkreises beschäftigt. Mit der angekündigten und terminierten Klausur des VA ist sowohl der richtige als auch der dafür zuständige Ausschuss damit befasst. Analog der Klausur des UVA erwarten wir eine Erweiterung des Gremiums. Wir wünschen uns eine Diskussion über eine strategische Haushaltskonsolidierung, die die spezifischen Probleme des Landkreises einbezieht. Fakt ist, dass anstehende notwendige Investitionen nicht im Finanzkonzept enthalten sind und es ab 2023 zu haushaltstechnisch schwierigen Jahren kommen wird. Wie jedes Jahr ist die Kreisumlage eine relevante Entscheidung, gerade auch für finanzschwächere Kommunen. Wenn aber allein 132 Millionen an Sozialaufwendungen an die Gemeinden fließen, wenn wir an 7. Stelle im Regierungsbezirk Stuttgart liegen bei einer Steuerkraftsumme, die im unteren Drittel anzusiedeln ist, dann können wir den von der Verwaltung vorgeschlagenen Hebesatz zumindest mehrheitlich mitgehen.

Entscheidend für die nächsten Monate wird es sein - und damit komme ich auf den Anfang der Rede zurück - wie es gelingen wird, die See zu

beruhigen und die Fahrt auf weniger stürmischen Gewässern fortzusetzen. Wie kann es gelingen die komplexen Herausforderungen, vor denen wir stehen, angemessen zu erläutern? Wie können Bürgerinnen und Bürger sinnvoll in Entscheidungsprozesse eingebunden werden? Dazu Ideen zu entwickeln sind wir alle aufgefordert, meine Damen und Herren!

Bedanken möchten wir uns bei der Verwaltung des Landkreises, allen voran bei Ihnen, Herr Landrat und Ihnen, Herr Stolz sowie allen Mitarbeitenden. Besonders hervorheben möchten wir die Mitarbeitenden an unseren Kliniken. Die Bilder von schwerkranken, beatmeten Menschen und von den Mitarbeitenden, die unter Kräfte zehrenden Bedingungen Ihrer Arbeit nachgehen, haben sich uns allen eingeprägt. Deswegen nochmals ein ausdrücklicher Dank für diesen Einsatz und viel Kraft für das, was noch an Anforderungen kommen wird.

Nun liegt es an uns, was wir aus den Anträgen und Vorschlägen zum Haushalt machen. Lassen Sie uns gemeinsam an die Arbeit gehen. Dazu ein Wort von Marie von Ebner-Eschenbach:

Was wir heute tun, entscheidet darüber, wie die Welt morgen aussieht.

Für die Fraktion der Grünen

Martina Zeller-Mühleis

Fraktion B'90/Die Grünen – Anträge zu den Haushaltsberatungen für das Jahr 2022

Sozialausschuss

A 1: Die Verwaltung stellt dar, mit welchen Maßnahmen sozial benachteiligte und geflüchtete Jugendliche unterstützt und gefördert werden, um ihnen den Übergang ins Berufsleben und die Integration ins gesellschaftliche Leben zu erleichtern.

Begründung:

Der Demografiebericht der KJVS zeigt überdeutlich: Auf künftigen Generationen liegt eine große Last. Immer weniger im Arbeitsleben stehende Menschen stehen immer mehr zu versorgende gegenüber. Gleichzeitig sind in der entscheidenden Altersgruppe von 21-65 Jahren 22% der Menschen nicht erwerbstätig. Durch die Pandemie haben noch mehr Jugendliche Probleme beim Übertritt in das Berufsleben, darunter auch viele Jugendliche mit Fluchterfahrungen.

Wir stimmen Frau Dr. Usslepp zu, wenn sie sagt, dass der „Rückgang in der Zahl der jungen Menschen [...] nicht weniger, sondern mehr Engagement und mehr Investitionen in die nachwachsende Generation [erfordert]“ und wollen wissen, welche neuen Konzepte die Verwaltung in diesem Kontext für notwendig hält.

A 2: Die Verwaltung erläutert, welche Änderungen in der Sozialarbeit notwendig sind, um das „stürmische Jahrzehnt“ des demografischen Wandels (KJVS Kinder- und Jugendhilfe im demografischen Wandel, S.16) vorausschauend zu gestalten. Dabei berichtet sie, wie durch **Sozialraumorientierung Synergien bei der Jugend-, Behinderten- und Altenarbeit** genutzt werden können. Was kann der Landkreis leisten? Wo kann er in Vernetzung mit den Gemeinden unterstützend eingreifen?

Begründung:

Laut Demografiebericht des KVJS bietet die Sozialraumorientierung auf kommunaler Ebene die Möglichkeit, das Gemeinwesen auch bei der unaufhaltsam sich verändernden Bevölkerungsstruktur lebendig zu erhalten. Frühzeitig generationenübergreifende Projekte und auch mehrfunktionale Einrichtungen zu planen kann die richtigen Weichen für die Zukunft stellen. Uns interessiert, welchen Beitrag der Landkreis hierzu leisten kann und welche Überlegungen oder Planungen es in dieser Richtung gibt.

UVA

A3: Die Verwaltung lädt Vertreter der Region ein, um das **Modellprojekt „Klimaanpassungsmaßnahmen im Landkreis Böblingen“** vorzustellen. Die gewonnenen Erkenntnisse sollen im Blick auf ihre Übertragbarkeit für den Landkreis Göppingen und dessen Kommunen geprüft werden. Neben der Identifizierung von besonders gefährdeten Gebieten im Landkreis können die dort gemachten Erfahrungen dazu beitragen geeignete Schutzmaßnahmen Im Landkreis Göppingen anzugehen.

Begründung:

Die Klimakrise wird immer deutlicher. Die Flutkatastrophe in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz hat dies deutlich vor Augen geführt. Damit steigt die Notwendigkeit sich sowohl analytisch mit geeigneten Maßnahmen zur Klimaanpassung auseinander zu setzen, als auch entsprechende Maßnahmen zu planen.

A 4: Der Landkreis setzt sich – bei Bedarf mit gutachterlicher Unterstützung- mit den Grundlagen und Voraussetzungen für einen kreisweiten **Mobilitätspass** auseinander. Dazu gehört die Frage, wie ein Mobilitätspass gestaltet sein müsste, der effizient Beiträge erhebt und gleichzeitig verkehrliche Wirkungen entfaltet, aber auch die Auseinandersetzung mit der Rolle von Kreis, VVS und Busunternehmen.

Begründung:

Der Koalitionsvertrag der Landesregierung sieht sowohl die Einführung einer Mobilitätsgarantie als auch eines Mobilitätspasses vor. Die Mobilitätsgarantie gewährleistet das Land. Die Zuständigkeitsebenen eines Mobilitätspasses sind dagegen noch offen. Eine rein kommunale Umsetzung erscheint in ländlich geprägten Gebieten nicht angezeigt, daher sollte geprüft werden, ob die Landkreisebene geeignet ist einen solchen Mobilitätspass umzusetzen. Auf der Grundlage von Modellrechnungen ist zu diskutieren, ob und in welcher Weise damit eine maßgebliche Unterstützung des öffentlichen Verkehrs gelingen kann, um die Verkehrswende zu schaffen und so einen wesentlichen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Die erhobenen Daten und Fakten sind die Grundlage einer ergebnisoffenen Diskussion.

A 5: Der Landkreis bringt innerhalb von zwei Jahren auf allen seinen dafür geeigneten Immobilien **PV-Anlagen** zur Stromgewinnung an oder stellt die Dächer Bürgerenergiegenossenschaften, die solche Anlagen errichten, zur Verfügung. Alternativ sind bei Neubauten Solarfassaden und/oder Dachbegrünung vorzusehen. Dafür sollte auch in den Kommunen geworben werden.

Begründung:

Wirtschafts-Weise und Industrie fordern, was wir alle längst wissen: Es müssen alle erdenklichen Maßnahmen ergriffen werden, damit der Klimawandel nicht weiter so zunimmt wie bisher. Sonst werden unabsehbare Schäden, vor allem auch materieller Art, auf uns zukommen. Ein wichtiger Baustein zur Gestaltung der Zukunft ist die Energiewende, die Hinwendung zu regenerativen Energien. Die Produktion von Sonnenstrom muss vervielfacht werden. Der Landkreis muss hier seinen Beitrag leisten und mit gutem Beispiel vorangehen – auch in Richtung Elektromobilität.

A 6: Der Landkreis installiert in ausreichendem Maße öffentlich zugängliche **E-Ladesäulen** an den kreiseigenen Gebäuden, auch im Parkhaus beim Landratsamt.

Begründung:

Für den modal Split der Verkehrswende ist auch die E-Mobilität ein wichtiges Standbein. Dazu muss die Ladeinfrastruktur ausgebaut werden.

A 7: Der Landkreis untersucht, wie die **ÖPNV-Infrastruktur** verbessert werden kann und muss, vor allem soll die Erreichbarkeit der Klinik am Eichert mit dem ÖPNV vom Oberen Filstal aus gestärkt werden. Der Einsatz von **On-Demand-Verkehr** ist zu prüfen.

Begründung:

Die Verkehrswende wird mutige Entscheidungen benötigen und auch auf Landkreisebene müssen diese Herausforderungen angegangen werden. Wir sehen im Moment das Amt für Mobilität personell dazu nicht in der Lage. Abwarten möchten wir die Klausur des UVA, welche Überlegungen seitens der Verwaltung angestellt werden. Wir gehen davon aus, dass diese Themen dort auf der Agenda zu finden sein werden. Für manche Verkehrsbeziehungen könnte On- Demand -Verkehr eine Lösung sein. Ob dafür ein Pilotprojekt in Zusammenarbeit mit dem VVS in Frage kommt oder es grundsätzlich eine Möglichkeit wäre, den ländlichen Raum besser anzubinden, ist überlegenswert. Deswegen beantragen wir, dass diese Fragestellung geprüft wird.

A 8: Die Entscheidung zum Thema „**Rekommunalisierung Müllheizkraftwerk**“ wird weiter vorbereitet. Die Öffentlichkeit wird daran zeitnah beteiligt.

Begründung:

Zur Umsetzung des Kreistagsbeschlusses vom 12. 10.2018 (BU_2018_163), dass „rechtzeitig vor dem 30.6.2024 ein Vorschlag zur Vertragsbeendigung zum 30.6.2028 (inklusive Rekommunalisierung) zum Beschluss vorzulegen“ sei, wurde bisher eine Arbeitsgruppe eingesetzt und Professor Gaßner von der Rechtsanwaltskanzlei [GGSC] nichtöffentlich angehört. Auf Grund der Pandemielage war eine Bürger*innenbeteiligung nicht möglich. Jetzt soll die Angelegenheit weiterverfolgt werden, damit die im Beschluss vorgegebenen Aufgaben erfüllt werden können.

A 9 (Wiederholung für HH 2021): Die Wirtschaftsförderung des Landkreises erarbeitet mit der **Wirtschaftsförderung der Region ein Konzept, wie Leerstands- und Brachflächenmanagement** im Landkreis Göppingen angegangen und koordiniert werden kann. Das Konzept soll modellhaft Maßnahmen, Ziele, Umsetzungsstrategien und Erfolgsfaktoren beschreiben.

Begründung:

Nach wie vor werden unbebautes Land, Ackerflächen und grüne Wiese bevorzugt, wenn es um neue Gewerbeflächen geht. Auch wird in Deutschland täglich eine Fläche von 60 Hektar verbraucht. Diesen Flächenfraß gilt es zu begrenzen. Insbesondere bei der Suche nach Gewerbeflächen wird noch viel zu wenig auf Konversionsflächen oder leerstehende oder in (naher) Zukunft brach fallende Industrieflächen zurückgegriffen. Hier sehen wir einen Nachholbedarf, diese Flächen auf den Markt zu bringen. Dazu bedarf es eines Leerstands- und Brachflächenmanagements durch die Wirtschaftsförderung, das die verschiedenen Akteure auf Seiten der Kommune, der (privaten) Investoren und der möglichen Nutzer zusammenbringt, um brachliegende Flächen oder Gewerbegebäude einer neuen Nutzung zuzuführen.

Verwaltungsausschuss

A 10: Die Landkreisverwaltung informiert über die geplante Vorgehensweise auf dem Weg zur **Digitalisierung der Verwaltung** und über ggf. notwendige Stellenschaffungen.

Begründung:

Angesichts des demografischen Wandels werden bestimmte Arbeitsgänge mehr und mehr digitalisiert werden müssen, auch um Ressourcen zu gewinnen für die Tätigkeiten, bei denen menschliche Fähigkeiten unersetzlich sind. In der Landkreisverwaltung gibt es unserer Kenntnis nach keine Koordinierungsstelle für diesen Prozess. Langfristig ist aber hier eine koordinierte Vorgehensweise zu organisieren.

Wie stellt die Landkreisverwaltung sich diesen Prozess vor und welche Mittel sind dafür erforderlich? Was können wir schon, was müssten wir noch leisten und wo wollen wir hin?

A 11: Zur Einführung einer **Social-Media-Strategie** wird eine Stelle geschaffen, um Bürgerinnen und Bürgern Informationen auch über breit genutzte Kanäle zukommen zu lassen.

Begründung:

Im Haushaltsplan 2022 ist eine Stelle für Soziale Medien geplant, aber mit einem Sperrvermerk und dem Hinweis versehen "Keine Auswirkungen bei Nichtbesetzung". Das sehen wir ganz anders. Wir beantragen zur Einführung einer Social-Media-Strategie eine zumindest befristete Besetzung der Stelle, um diese Kommunikation aufzugleisen.

Nicht nur Corona hat gezeigt, dass wir die Bürgerinnen und Bürger da erreichen müssen, wo sie sich informieren wollen und können. Ein wesentliches Forum dazu sind die Sozialen Medien. Gerade über umwälzende Veränderungen, wie sie z.B. das neue Abfallkonzept mit sich bringt, muss zielgerichtet informiert werden, damit sich der erwünschte Erfolg einstellt. Denkbar wäre bei einzelnen Projekten eine Kooperation mit einer Agentur oder auch einer Hochschule.